

Schmähkritik oder Meinungsfreiheit? Im Mai hatte der jüdische Publizist und SPIEGEL-Autor Henryk M. Broder, 62, Evelyn Hecht-Galinski, 59, einer Kritikerin der Politik Israels, in einem offenen Brief Antisemitismus vorgeworfen. Die Tochter des ehemaligen langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, war als Gast in eine WDR-Radiosendung zum Thema „Reden über Israel“ eingeladen worden. Broder hatte diese Einladung scharf kritisiert. Hecht-Galinski sei eine „hysterische, geltungsbedürftige Hausfrau“, die



Segev

„antisemitisch-antizionistische Gedankenlosigkeiten“ verbreite. Daraus entstand ein Rechtsstreit, den das Landgericht Köln am vergangenen Mittwoch vorläufig mit einem Urteil beendete. Tenor: Wer den schwerwiegenden Vorwurf des Antisemitismus erhebe, müsse ihn auch konkret belegen. Im SPIEGEL kommentiert nun der angesehene israelische Historiker und Journalist Tom Segev, 63, den vielschichtigen Fall. Segev veröffentlichte zuletzt „Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates“ (Siedler Verlag).

ESSAY

# MACHT DER SELBSTKRITIK

ÜBER ZIONISMUS UND ANTISEMITISMUS / VON TOM SEGEV

Eigentlich könnte die Geschichte bei uns ganz groß herauskommen: Zwei deutsche Juden streiten sich über die richtige Einstellung zu Israel. Die eine vergleicht Israel mit Nazi-Deutschland, der andere wirft ihr Antisemitismus vor. Ein deutsches Gericht soll entscheiden, wer recht hat. Die deutsche Presse berichtet ausführlich über das Drama. Aber die meisten Israelis wissen nichts davon. Auch von Henryk M. Broder und Evelyn Hecht-Galinski hat hier kaum jemand gehört. In diesen heißen Sommertagen hat der Großteil der Israelis anderes im Kopf als diese Debatte, zumal die meisten auch wissen, dass sie viel komplizierter und vielschichtiger ist, als Broder und Hecht-Galinski anscheinend meinen.

Wer Israel hasst, weil es dort so viele Juden gibt, ist ein Antisemit. Das kennzeichnet vor allem Neonazi-Verbände und Holocaust-Leugner aller Couleur. In den arabischen Staaten blüht ein Antisemitismus, der manchmal an den klassischen Judenhass in Europa erinnert. Doch es kann jemand Kritik an der Politik Israels üben, sogar gegen dessen Existenz als jüdischen Staat eintreten, ohne Antisemit zu sein, und umgekehrt: Es gibt Antisemiten, die Israel und seine offizielle Ideologie, den Zionismus, unterstützen.

Der Zionismus hat seine eigene Interpretation der jüdischen Geschichte vorgelegt. Danach sind die Juden nicht nur eine Religionsgemeinschaft, sondern Angehörige einer eigenen Nation, die vor 2000 Jahren aus ihrem Land verbannt wurden. Als solche haben sie keinen Platz inmitten anderer Völker: Entweder sie assimilieren sich und verschwinden, oder sie werden ermordet. Die meisten Israelis betrachten die Schoa als Bestätigung dieser zionistischen Prognose. Deshalb hatte die zionistische Bewegung die Juden aufgefordert, ihre Aufenthaltsländer zu verlassen, in ihr Land zurückzukehren und dort ihren Staat zu gründen – Israel.

Aus dem Hebräischen von Ruth Achlama.

Auch Henryk M. Broder hat sich immer wieder für längere Zeit in Israel aufgehalten. Und dennoch liegt sein Lebensmittelpunkt in Deutschland. Früher betrachteten viele Israelis Menschen wie ihn als Verräter. Jizchak Rabin hat sich noch in den siebziger Jahren als Ministerpräsident in diesem Sinn geäußert, und Ezer Weizman verurteilte Juden, die in Deutschland wohnen, als er in den neunziger Jahren Staatspräsident war. Nach zionistischer

Anschauung schwächt nämlich jeder Jude, der nicht im Land seiner Väter lebt, all diejenigen, die es doch tun, ja schadet dem ganzen jüdischen Volk. Rein zionistisch betrachtet, kann ein Mann wie Broder nicht als idealer Anwalt gelten.

Aber Broder war kein Einzelfall. Die Mehrzahl der Juden wollte ihre Heimatländer nicht verlassen. Viele von ihnen zählten deshalb zu den ersten Gegnern des Zionismus, dessen Vertreter ihre Aussagen daraufhin mäßigen mussten. Anfang der fünfziger Jahre fuhr David Ben-Gurion, der erste Ministerpräsident Israels, in die USA, um dort Juden zu besuchen. Ei-

gentlich wollte er ihnen sagen, wenn sie als Zionisten gelten wollten, reiche es nicht, Geld nach Israel zu schicken. Sie müssten dem Land ihre Kinder schicken. Die amerikanischen Juden protestierten, und einer ihrer Führer nötigte Ben-Gurion sogar die historische Verpflichtung ab, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden Amerikas einzumischen.

Mit der Zeit sah sich die zionistische Bewegung genötigt, von dem Begriff „Exil“ oder „Verbannung“ abzurücken, und ersetzte ihn durch das Wort „Diaspora“. Sie erkannte auch, dass sie sich für die Förderung jüdischen Lebens außerhalb Israels einsetzen musste. Vermutlich ist heute kaum mehr jemand böse auf Broder und die übrigen Juden, die lieber in anderen Ländern leben wollen, Deutschland eingeschlossen. In dieser Hinsicht fördert der Zionismus jetzt nur noch ein allgemeines Gefühl jüdischer Schicksalsgemeinschaft und Solidarität, nicht unbedingt religiöser Art, aber unter Unterstützung der Existenz des Staates Israel.



Jüdische Einwanderer in Haifa (1947): Gefühl der Solidarität

Doch auch nachdem der Zionismus den Juden der Welt, die nicht in Israel leben wollen, entgegengekommen ist, bleiben noch orthodoxe Juden, die im nationalen Zionismus eine Leugnung Gottes erblicken und ihn bekämpfen. Sie sitzen in New York und anderswo auf der Welt, aber viele von ihnen leben auch in Israel selbst. Die Mehrzahl der Erstklässler an Jerusalemer Grundschulen sind Kinder nichtzionistischer Eltern. Sie sind nicht die Einzigen. Zwei von zehn israelischen Staatsbürgern sind Araber, und wenn man deren Kinder mitzählt, kommt man zu dem Ergebnis, dass eines von drei israelischen Kindern heute eine nichtzionistische Schule besucht. In anderen Worten: Nicht alle Juden und auch nicht alle Israelis sind Zionisten.

Gemäß seiner Grundgesetze strebt Israel danach, ein jüdischer und demokratischer Staat zu sein. Man kann dieses Ziel ablehnen, ohne Antisemit zu sein. Eine denkbare Alternative wäre ein gemeinsamer Staat für Juden und Araber. Dieser Gedanke lässt sich nicht umsetzen, wurde früher aber von vielen Juden vertreten und ist heute unter arabischen Bürgern Israels populär.

Um die Geschichte noch komplizierter zu machen, könnte man daran erinnern, dass vielerorts gerade Antisemiten den Zionismus befürworteten, da sie hofften, auf diese Weise die Juden loszuwerden. Dazu gehören im Grund auch die Millionen von evangelikalen Christen in Amerika, die Israel und den Zionismus begeistert unterstützen: Sie betrachten den Judenstaat als Etappe auf dem Siegeszug des Christentums – an dessen Ende die Juden vom Erdball verschwinden würden.

All das macht es so schwierig zu bestimmen, was „für“ oder „gegen“ Israel zu sein konkret bedeutet. Hinzu kommt, dass viele Menschen meinen, „Unterstützung für Israel“ verlange, die Politik des Staates Israel in jedem Fall zu billigen. Das betrifft viele amerikanische Juden. Sie können sehr wohl zwischen ihrem Land und Präsident Bush unterscheiden, wollen aber nicht einsehen, dass es, um „pro-israelisch“ zu sein, nicht immer richtig ist, automatisch alles gutzuheißen, was die israelische Regierung tut, denn wie alle Regierungen der Welt tut auch sie manchmal Schlechtes. Nicht selten verlangt eine „pro-israelische“ Haltung gerade, der Opposition unter die Arme zu greifen.

Israelis diskutieren viel. Bis heute haben sie ihre Identität als Juden nicht gefestigt und sind zu keiner Einigung über die Grundwerte ihrer Gesellschaft gelangt. Diese Debatten machen auswärtigen Beobachtern Schwierigkeiten. Es gibt zum Beispiel Israelis, die in palästinensischen Gebieten siedeln, die Israel 1967 erobert hat, und das als hehren Patriotismus betrachten. Aber andere Israelis, die sich für nicht weniger echte, wenn nicht sogar bessere Patrioten halten, sagen, die Ausbreitung der Siedler in palästinensischen Gebieten mache jede Aussicht auf Frieden zunichte, und ohne Frieden habe auch die zionistische Existenz Israels keine Zukunft.

Manche Israelis werten jeden Zweifel am Recht Israels, die besetzten Gebiete weiterhin in Besitz zu behalten, als Zeichen einer antiisraelischen oder gar antisemitischen Einstellung. Aber die israelische Regierung verfolgt heute eine Politik, die früher als eindeutig antiisraelisch galt: Gründung eines selbständigen palästinensischen Staates, neben Israel, unter Räumung eines Teils der israelischen Siedlungen, die auf palästinensischem Gebiet liegen, und sogar Verzicht auf einen Teil des arabischen Jerusalems.

Deshalb haben Menschen, die sich als Freunde Israels betrachten, Mühe mit der Definition, was das eigentlich bedeutet. Beson-

ders schwierig ist das für Deutsche. Die Nazi-Vergangenheit ihres Landes lädt ihnen Verantwortung auf, sich selbst und anderen gegenüber. Dazu gehört, dass sie die Existenz Israels unterstützen und nach bestem Vermögen den Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn fördern müssen.

Aber die Verfolgung und Vernichtung der Juden unter den Nazis hat viele der Verfolgten und Holocaust-Überlebenden nach Palästina gebracht, und deshalb trägt Deutschland auch Mitverantwortung für die palästinensische Tragödie. Das verpflichtet die Bundesrepublik dazu, sich heute auch um die Palästinenser zu kümmern. In diesem Punkt enttäuschte Angela Merkels Knesset-Ansprache in Jerusalem. In Merkels außerordentlichem Bemühen, nett zu den Israelis zu sein, enthielt ihre Rede keinerlei Hinweis auf die deutsche Verpflichtung, auch die Menschenrechte der Palästinenser zu verteidigen. Praktisch lässt sich sagen: Je erträglicher das Leben der Palästinenser wird und je mehr sie zu verlieren haben, desto stärker wachsen die Aussichten, dass sie sich zum Friedensschluss mit Israel bereit finden, und daher ist Hilfe für die Palästinenser auch gut für die Israelis.

Viele Israelis sind höchst dankbar für auswärtige Stimmen, die zum Beispiel die systematischen Verletzungen der grundlegendsten Menschenrechte in den Palästinenser-gebieten verurteilen. Sie wissen, dass keine Gesellschaft derartige Erscheinungen allein mit eigener Kraft aus der Welt schaffen kann. Stets braucht es auch Druck von außen. Sie sehen in solcher Kritik Schützenhilfe für ihre Bemühungen, in Israel eine gerechtere – viele sagen, eine „zionistischere“ – Gesellschaft aufzubauen. Sie kommen gar nicht auf die Idee zu behaupten, Kritik an der Unterdrückung der Palästinenser sei Ausdruck einer antiisraelischen oder antizionistischen oder gar notwendigerweise antisemitischen Einstellung.

Doch es gibt schlimmere Staaten als Israel. Praktisch genießt der Großteil der Weltbevölkerung weniger menschliche Freiheiten und Bürgerrechte als die meisten Israelis und Palästinenser. Deshalb ist es auch völlig unbegründet, Israel mit den übelsten Nationen der Menschengeschichte gleichzusetzen, wie etwa mit Nazi-Deutschland oder dem Apartheidregime in Südafrika. Dagegen darf man Israel auffordern, den Kreis der besten Staaten anzusteuern. Jeder Mensch in jedem Land hat das Recht, von Israel das zu verlangen, was er von sich und seinem Land verlangt: nicht weniger, nicht mehr. In dieser Hinsicht

besteht kein Unterschied, ob etwas in Deutschland oder in Israel selbst gesagt wird. Womöglich sähe die ganze Debatte, die der Streit zwischen Broder und Hecht-Galinski ausgelöst hat, anders aus, wenn die Deutschen mehr über die Macht der Selbstkritik wüssten, die in Israel geübt wird. Wer den öffentlichen Diskurs in Israel kennt, der weiß, dass Israelis einander mit einer Vehemenz kritisieren, die nur wenige „Antisemiten“ im Ausland aufzubringen vermögen. Etwas von dieser Kritik steht in der Tageszeitung „Haaretz“, einem der Grundsteine der zionistischen Kultur. Die Zeitung erscheint auch auf Englisch und wird übers Internet verbreitet. Würde sie auf Deutsch erscheinen, fänden sich sicher Leute, die sie als antisemitisch bezeichneten. Einige Autoren dieses Blattes vergleichen die Unterdrückung der Palästinenser mit der Apartheid in Südafrika, hier und da sogar mit Nazi-Deutschland.

Die Tatsache, dass diese Gleichstellung in Israel vorgenommen wird, macht sie nicht vernünftiger, aber dass sie in Deutschland erklingt, beweist nicht automatisch, dass sie antisemitisch ist. ♦



Palästinenser in Ramallah (2002)\*: Druck von außen

\* Vor einem israelischen Panzer.